

# Keine Dokumentation über die Nazizeit

Verwaltung: Mehr Zeit und Geld nötig – Befürworter: Notwendig, weil Informationen fehlen

**Ansbach.** Die Vergangenheit der Stadt Ansbach in der NS-Zeit wird vorerst nicht mit Hilfe einer wissenschaftlichen Dokumentation beleuchtet. Der Hauptausschuß des Stadtrats hat jetzt mit den Stimmen von CSU und FDP einen Antrag des Grünen-Stadtrats Richard Illig abgelehnt, der eine solche Bestandsaufnahme mit Hilfe einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme durch eine wissenschaftlich geschulte Kraft erstellen lassen wollte. Illig bezog sich dabei auf einen Antrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Stadt, in dem eine solche Dokumentation ebenfalls für notwendig erklärt wurde.

Im August schon hatte DGB-Kreisvorsitzender Hans-Jürgen Diedrich diesen Antrag an die Stadt Ansbach gestellt. Unter anderem sollte, so hatte Diedrich damals gefordert, der Einsatz von Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern in Ansbacher Betrieben und die Frage, welche jüdischen Firmen damals arisiert wurden, dargestellt werden. Außerdem sollte die Frage, wie die lokal Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen worden sind, geklärt werden. Begründet wurde der Antrag damit, daß die Faschismusaufklärung in Ansbach als nicht ausreichend erachtet wird.

Diese Forderungen nun hatte Grünen-Stadtrat Richard Illig zur Grundlage seines eigenen Antrags gemacht. Eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme solle das ermitteln, was vom DGB-Kreis als Lücken im Ansbacher Geschichtsbild erkannt worden war, schlug der im Hauptausschuß selbst nicht stimmberechtigte Illig vor und stieß damit auf Unterstützung von Vertretern der SPD-Fraktion und der BAP. Ablehnung hatte dagegen zuvor Stadtkämmerer Robert Mehringer deutlich gemacht, der die Verwaltungsmeinung so zusammenfaßte: Für eine solche Dokumentation müßte man nicht nur mit Ansbacher Akten, sondern auch in Archiven, wie in Berlin, möglicherweise sogar in den USA, arbeiten. Das aber koste soviel Zeit und Geld, so daß eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme nicht das Richtige sei, um diese Aufgabe zu bewältigen. Darüber hinaus bezweifelte

Mehringer, ob überhaupt eine geeignete Kraft für diese Aufgabe gefunden werden könnte.

Diesen Zweifeln widersprach BAP-Stadtrat Max Alfred Meyer. Er kenne zahlreiche hochqualifizierte Historiker, die trotz dieser Qualifikation arbeitslos seien, weil es beim Staat nicht genug Stellen für sie gebe, meinte Meyer. In Passau habe das Thema außerdem sogar eine Schülerin bewältigt. Der BAP-Stadtrat warnte deshalb davor, den Antrag mit dem Argument abzulehnen, daß das Thema für eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme nicht herangezogen werden könne. „Das ist eine heikle Angelegenheit“, sagte Meyer. „Da entsteht leicht der Eindruck, daß man etwas abzuwürgen versucht.“

*Die Frage – gestern in Mittelfrankens Regierungshauptstadt wahllos einem Passanten gestellt – sollte ein Test sein: „Was wissen Sie über die Nazizeit in Ansbach?“*

*Der Mann, sichtlich überrascht, zögerte zunächst, dachte dann kurz nach und bekannte schließlich bedauernd: „Wenig.“ Dann räumte er nochmals ein, so, als wünder er sich über sich selber: „Stimmt, ich weiß nur wenig darüber.“*

*Der Gefragte – das war ein Mann des Jahrgangs 1939, im Raum Ansbach aufgewachsen und hier seit Jahren in hervorgehobener Position tätig.*

*Der nun 48jährige wußte also wenig – um nicht zu sagen, er wußte gar nichts – was sich während des Dritten Reichs in Ansbach abgespielt hat. Was sollen dann die Jüngeren, vor allem Jugendlichen, über diese Zeit wissen?*

*Ansbach, November 1987. Gerade hatte ein Ausschuß des Stadtparlaments den Antrag des DGB-Kreises Ansbach ohne lange Diskussionen (siehe Bericht) abgelehnt, eine umfassende Dokumentation zum Thema „Faschismus in Ansbach“ erstellen zu lassen. Abgelehnt, warum?*

*Der DGB-Kreis begründet seine Initiative damit, er beobachte (so wörtlich) „mit großer Sorge die Entwicklung zu einem aufkommenden Neofaschismus“. Um dem begegnen zu können, müsse die Jugend endlich besser aufgeklärt werden.*

*Der Antrag des DGB an die politisch Verantwortlichen der Stadt Ansbach enthält eine lange Reihe zum Teil sehr detaillierter Fragen, etwa die, welche ehemals jüdischen Firmen damals „arisiert“ worden sind und*

SPD-Stadtrat Ralf Felber gestand, er habe am Anfang auch Zweifel gehabt, daß eine ABM-Kraft mit diesem Thema fertig werden würde. Aber dann habe er sich erinnert, daß bei einer anderen Arbeitsbeschaffungsmaßnahme Hervorragendes über die Ansbacher Baugeschichte herausgekommen sei. Er hoffe, daß Eignigkeit über die Notwendigkeit einer solchen Dokumentation bestehe, sagte Felber. Er wisse aus eigener beruflicher Erfahrung als Lehrer, daß Jugendliche, wenn sie Referate zu diesem Thema machen wollten, keinerlei Material vorfinden. Gerade die aber hätten großes Interesse an den im DGB-Antrag aufgeworfenen Fragen, meinte Felber.

Ohne daß sich noch weitere Stadträte zu Wort gemeldet hatten, wurde im Ausschuß abgestimmt. Das Ergebnis: Mit den sieben Stimmen der CSU, des Oberbürgermeisters und von FDP-Stadtrat Helmut Meyer wurde der Antrag gegen die fünf Stimmen der SPD-Fraktion und von BAP-Vertreter Max Alfred Meyer abgelehnt. Fri

*wem sie heute gehören. Oder: „Wie wurden die lokalen Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen – Führer der Wehrmacht und der NSDAP, der SS und anderer Naziorganisationen, Verantwortliche bei Polizei und Geheimdienst sowie in der Justiz?“ Außerdem: „Welche Personen waren an der Ermordung Robert Limperts beteiligt, und wie wurden sie zur Verantwortung gezogen?“*

*Brisante Themen, auch heute noch, mehr als 40 Jahre nachdem das Hitler-Reich in Schutt und Asche versunken ist. Dennoch sollte sich der DGB nochmals überlegen, ob er alle seine Fragen mit Bedacht gewählt*

## Das Dritte Reich in Ansbach

### Geschichte und Verrenkungen

*hat. Sieht er denn nicht die Gefahr der Sippenhaftung, und denkt er nicht daran, daß zu altem Unrecht neues kommen könnte? Aufkommender Neonazismus – er ließe sich auf solch bedenkliche Weise gewiß nicht stoppen, im Gegenteil: Junge Menschen, deren Väter oder Großväter einst gesündigt haben, würden faschistischen Rattenfängern vermutlich erst recht in die Arme getrieben. Das Thema eignet sich somit auch keineswegs dazu, alte Rechnungen zu begleichen.*

*Was bleibt, ist die Kernfrage: Wie kann die vom DGB zu Recht geforderte Dokumentation über den Faschismus in Ansbach er-*

*stellt werden, ohne daß dadurch erneut schwerer Schaden entsteht? In anderen Städten vergleichbarer Größe ist dieses Problem längst vom Tisch; unsere vom Volk gewählten Stadtverordneten sollten sich dort einmal intensiv umhören.*

*Geradezu kleinkariert-ängstlich statt dessen manche Reaktionen auf den Antrag des DGB, ganz zu schweigen von den plumphen Ausreden, die nun wieder zu hören sind.*

*Bezeichnend für die Verrenkungen, die bei diesem Thema sichtbar werden, ist ein anderes Faktum: Unter dem Motto „Heimat bewußt erleben“ wurde kürzlich für Ansbachs Grundschüler eine Arbeits- und Lesemappe herausgegeben, deren Inhalt sich mit der Ansbacher Heimatgeschichte befaßt. Zwar endet das Werk mit dem Jahr 1833, dennoch befindet sich darin auch folgende, heimatgeschichtlich gewiß außerordentlich bedeutsame Passage über die Zeit des Dritten Reiches in Ansbach: „1933 Hitler übernimmt mit seiner Partei die Macht, 1939 – 1945 2. Weltkrieg (55 Millionen Tote, Ermordung vieler Juden).“*

*Sachliche Aufklärung tut also tatsächlich not. Als Schulamtsleiter Hans Kraus kürzlich besagte Mappe der Öffentlichkeit präsentierte, kündigte er auf Befragen an, noch eine zweite Arbeit – allerdings nur für die Hauptschüler – vorlegen zu wollen. Voraussichtlicher Titel der Schrift (laut Kraus): „Die Nazizeit in Ansbach.“*

*Es sind also verschiedene Kräfte, die den Faschismus in der Markgrafenstadt erforschen wollen. Auch der Stadtrat wird sich dieser wichtigen Aufgabe nicht entziehen können. Gerhard Egetemayer*